

No. 53733

Multilateral

Agreement between the Swiss Confederation represented by the Federal Office for Refugees (BFF) and the Republic of Austria represented by the Federal Ministry of the Interior on the establishment and functioning of the “International Centre for Migration Policy Development (ICMPD)” in Vienna. Vienna, 1 June 1993

Entry into force: *1 June 1993 and with retroactive effect from 1 May 1993, in accordance with article 13*

Authentic text: *German*

Registration with the Secretariat of the United Nations: *Austria, 23 June 2016*

Multilatéral

Accord entre la Confédération suisse représentée par l’Office fédéral des réfugiés et la République d’Autriche représentée par le Ministère fédéral de l’intérieur sur l’établissement et le fonctionnement du « Centre international pour le développement des politiques migratoires » à Vienne. Vienne, 1^{er} juin 1993

Entrée en vigueur : *1^{er} juin 1993 et avec effet rétroactif à compter du 1^{er} mai 1993, conformément à l'article 13*

Texte authentique : *allemand*

Enregistrement auprès du Secrétariat de l'Organisation des Nations Unies : *Autriche, 23 juin 2016*

Participant

Austria
Switzerland

Definitive signature

1 Jun 1993 s
1 Jun 1993 s

Participant

Autriche
Suisse

Signature définitive

1^{er} juin 1993 s
1^{er} juin 1993 s

[TEXT IN GERMAN – TEXTE EN ALLEMAND]

V E R T R A G

zwischen

der Schweizerischen Eidgenossenschaft,
vertreten durch das Bundesamt für Flüchtlinge (BFF),
Taubenstrasse 16, CH-3003 Bern,

und

der Republik Österreich,
vertreten durch das Bundesministerium für Inneres,
Sektion III, Herrngasse 7, A-1040 Wien,

betreffend

die Gründung und den Betrieb des
"International Center for Migration Policy Development (ICMPD)"
in Wien

Art. 1 Vertragszweck

Die vergangenen Jahre waren geprägt durch eine zunehmend asylorientierte Süd-Nord-Wanderung, die in letzter Zeit durch eine Ost-West-Wanderung verstärkt wurde. Obwohl absolut notwendig, genügen nationale Massnahmen zur Einwanderungskontrolle allein nicht, um Ausmass und Zusammensetzung der Einwanderungströme auf einem den Wünschen der Parteien entsprechenden Niveau zu halten. Deshalb ist der Erarbeitung langfristiger Strategien, welche das Migrationsproblem bewältigen sollen, sowie ihrer Umsetzung Priorität einzuräumen. Die Langfriststrategien zielen auf die Früherkennung, die Ursachenbekämpfung, die Harmonisierung der Aufnahmepraxis und die Koordination zwischen Ausländer-, Asyl- und Flüchtlingspolitik.

Ziel des Vertrages ist es, die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiete der Wanderungspolitik sowie die Migrationsforschung zu fördern.

Art. 2 International Center for Migration Policy Development

Zu diesem Zweck wird mit Hauptsitz in Wien das "International Center for Migration Policy Development (ICMPD)" eingerichtet. Das ICMPD wird sowohl die aktuellen wie auch die potentiellen Migrationsströme in die europäischen Aufnahmeländer untersuchen, die Situation in den wichtigsten Herkunftsländern der Migranten verfolgen und prüfen sowie Möglichkeiten zur besseren Erkennung und Kontrolle der Wanderungsbewegungen entwickeln.

Art. 3 Politische Steuergruppe

Die Vertreter der Vertragsstaaten bilden eine gemeinsame politische Steuergruppe. Jeder Vertragsstaat ist in dieser Steuergruppe mit einem Sitz vertreten.

Der Vorsitz der Steuergruppe wird in jährlichem Turnus von einem der Vertragsstaaten übernommen.

Die Steuergruppe tagt so oft es die Geschäfte erfordern, jedoch mindestens dreimal pro Jahr.

Art. 4 Aufgaben der politischen Steuergruppe

Die Steuergruppe

- nimmt die allgemeine Aufsicht über das ICMPD wahr,
- ernennt den Direktor ICMPD,
- genehmigt den Jahresbericht des Direktors ICMPD,
- genehmigt und finanziert das ordentliche Jahresbudget ICMPD,
- genehmigt die Jahresrechnung ICMPD,
- genehmigt das Arbeitsprogramm ICMPD,
- genehmigt das Konferenzprogramm ICMPD,
- genehmigt die Verträge des ICMPD,
- genehmigt die vom oder dem ICMPD vorgeschlagenen Projekte,
- unterstützt das ICMPD in seinen politischen Kontakten,
- nimmt die Fortschrittsberichte des ICMPD zur Kenntnis,
- berät den Direktor ICMPD in konzeptionellen Fragen,
- ernennt die Mitglieder des Beratergremiums,
- berät und entscheidet über die Aufnahme weiterer Parteien.

Art. 5 Direktor ICMPD

Der Direktor ICMPD arbeitet eng mit den im Bereich der Migrationspolitik tätigen internationalen und nationalen Organisationen und Institutionen zusammen. Er kann im Auftrag internationaler Organisationen, Konferenzen, Mechanismen und Prozesse, wie zum Beispiel die Berliner-, Wiener- und Budapester-Prozesse und weitere einschlägige Gremien, Aufgaben übernehmen. Er verfolgt die nationalen Migrationspolitiken und -praktiken der industrialisierten und anderer betroffener Staaten, wie auch die Forschungsergebnisse auf diesem Gebiet und betreibt eine diesbezügliche Dokumentationsstelle. Er analysiert Politiken und Entwicklungen und erarbeitet für die sich ergebenden Probleme die erforderlichen Lösungsstrategien.

Eine wichtige Grundlage seiner Tätigkeiten bildet die im Rahmen der "Informellen Konsultationen" erstellte Strategieplattform. Was diese anbetrifft, sollte er dem Problem der Ausnahmefähigkeit seitens der Parteien unter demografischen, wirtschaftlichen, sozialen, politischen, kulturellen und ökologischen Gesichtspunkten seine besondere Aufmerksamkeit widmen. Im weiteren fördert und erweitert er die bestehenden Ansätze im Bereiche der Ursachenbekämpfung der Migration unter dem Blickwinkel einer besseren Kontrolle der Wanderungsbewegungen. Schliesslich erarbeitet der Direktor ICMPD Vorschläge zur internationalen Harmonisierung der Migrationspolitik und -praxis.

Der Direktor ICMPD ist der politischen Steuergruppe gegenüber unmittelbar verantwortlich. Er rekrutiert und überwacht das Personal im Rahmen der zugeteilten Gelder. Die Aufgaben des Direktors ICMPD werden in einem separaten Pflichtenheft detailliert geregelt.

Art. 6 Beanspruchung der Dienstleistungen der ICMPD

Die Vertragsstaaten sind zur uneingeschränkten Auswertung der Resultate von Aktivitäten des ICMPD für eigene Zwecke berechtigt, sei dies zur Ausformulierung ihrer Migrationspolitik oder für ihre Bestrebungen im Bereich der internationalen Migrationspolitik.

Sie können diese Ergebnisse interessierten Institutionen zur Verfügung stellen, wo sie dies als angebracht erachten.

Im Rahmen der vorhandenen Kapazitäten steht das ICMPD den Vertragsstaaten für Dienstleistungen zur vollen Verfügung.

Art. 7 Finanzierung der ICMPD

Die Vertragsstaaten finanzieren vollumfänglich die ordentlichen Kosten der ICMPD.

Der Direktor ICMPD legt der Steuergruppe jährlich ein Budget für das folgende Jahr vor; dieses enthält die Ausgaben für Personal, Reisen, Räumlichkeiten, Verwaltung, Repräsentation und übrige Kosten. Die Steuergruppe genehmigt das Budget und befindet über den Verteilungsschlüssel der Kosten unter den Vertragsstaaten. Es ist anzustreben, dass die Vertragsstaaten die Kosten zu gleichen Teilen übernehmen.

Das ICMPD kann freiwillige Spenden, Schenkungen und andere Gaben annehmen.

Änderungen des geplanten Voranschlags, einschliesslich erforderlicher Erhöhungen der Beiträge der Vertragsstaaten, bedürfen der Zustimmung der Steuergruppe.

Im Anfangsstadium, das mindestens ein Jahr, maximal aber drei Jahre dauert, übernimmt das schweizerische Bundesamt für Flüchtlinge die gesamten ordentlichen Kosten, abzüglich der von den anderen Vertragsstaaten eingebrachten Beiträge finanzieller oder materieller Art. Österreich wird die Kosten für die Unterbringung des ICMPD übernehmen.

- Art. 8** **Beteiligung weiterer Parteien und internationaler Organisationen**
- Die Steuergruppe kann weitere Staaten oder internationale Organisationen zur Beteiligung an diesem Vertrag einladen.
- Als Grundlage für die Zulassung von interessierten Parteien in den vorliegenden Vertrag oder für die geplanten Tätigkeiten des ICMPD gelten gleichgelagerte Interessen und gegenseitiges Vertrauen sowie die Verpflichtung gegenüber den in der obenerwähnten internationalen Strategieplattform und den in den Wiener-, Berliner- und Budapester-Ministerkonferenzen zum Ausdruck gebrachten Grundsätzen.
- Art. 9** **Beratergremium**
- Dem Direktor ICMPD steht ein Beratergremium zur Seite, in dem Persönlichkeiten aus Politik und Wissenschaft aus verschiedenen interessierten Staaten und internationalen Organisationen vertreten sein können. Das Beratergremium hat gegenüber dem Direktor ICMPD keine Weisungsbefugnis. Es kann hingegen Projekte vorschlagen und bei der Beschaffung der tiesbezüglichen finanziellen Mittel mitwirken.
- Art. 10** **Unterbringung und Verwaltung des ICMPD**
- Die Republik Österreich übernimmt es, in Durchführung dieses Vertrags eine bestehende innerösterreichische Einrichtung, die der österreichischen Gesetzgebung unterstellt ist, mit der Unterbringung und der Beschaffung der notwendigen administrativen Dienstleistungen für das ICMPD zu beauftragen oder dafür ein für diesen Zweck geeignetes, nach österreichischem Gesetz funktionierendes Rechtssubjekt zu schaffen.
- Wesentlich ist, das sich die Tätigkeit des Direktors ICMPD absolut unabhängig von der gastgebenden Organisation abwickeln kann.
- Art. 11** **Dauer des Vertrages**
- Die Vertragsdauer wird auf drei Jahre festgesetzt. Vor Ablauf des Vertrages werden die Vertragsstaaten über dessen allfällige Verlängerung entscheiden.
- Art. 12** **Kündigung des Vertrages**
- Jeder Vertragsstaat kann unter Wahrung einer dreimonatigen Kündigungsfrist den Vertrag aufkündigen.

Art. 13 Inkrafttreten

Der vorstehende Vertrag tritt rückwirkend am 1. Mai 1993
in Kraft.

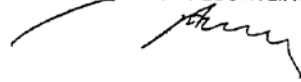
Geschehen am 1. Juni 1993

BUNDESAMT FÜR FLÜCHTLINGE

Für die Schweizerische Eidgenossenschaft:

Für die Republik Österreich

:



[TRANSLATION – TRADUCTION]

TREATY BETWEEN THE SWISS CONFEDERATION, REPRESENTED BY THE FEDERAL OFFICE FOR REFUGEES (BFF), TAUBENSTRASSE 16, CH-3003 BERN, AND THE REPUBLIC OF AUSTRIA, REPRESENTED BY THE FEDERAL MINISTRY OF THE INTERIOR (SECTION III, HERRENGASSE 7, A-1040 VIENNA), CONCERNING THE ESTABLISHMENT AND OPERATION OF THE “INTERNATIONAL CENTRE FOR MIGRATION POLICY DEVELOPMENT (ICMPD)” IN VIENNA

Article 1. Purpose of the Treaty

The past few years have been marked by a growing South-North movement of asylum-seeking migrants, recently intensified by similar migration from East to West. Measures taken at the national level to control immigration, while crucial, are insufficient in themselves to keep the scale and composition of immigration flows within desirable bounds. The establishment and implementation of long-term strategies for tackling the issue of migration is therefore a matter of some urgency. Such long-term strategies are aimed at providing early recognition of and combating the causes of migration, harmonizing migrant reception practices and coordinating policy on aliens, asylum and refugees.

The goal of this Treaty is to enhance international cooperation on migration policy and research.

Article 2. International Centre for Migration Policy Development

To that end, the International Centre for Migration Policy Development (ICMPD), with headquarters in Vienna, shall be established. The ICMPD shall research current and potential migration flows to European destination countries, monitor and study the situation in the main countries of origin and develop means of better understanding and controlling migratory movements.

Article 3. Political Steering Group

Representatives of the Contracting States shall establish a joint political steering group. Each Contracting State shall have a seat on the Steering Group.

The Chair of the Steering Group shall rotate annually between the Contracting States.

The Steering Group shall meet as required, but at least three times a year.

Article 4. Functions of the political Steering Group

The Steering Group shall:

- Be responsible for overall supervision of the ICMPD;

- Appoint the ICMPD Director;
- Approve the ICMPD Director's annual report;
- Approve and finance the annual ordinary budget of the ICMPD;
- Approve the annual accounts of the ICMPD;
- Approve the programme of work of the ICMPD;
- Approve the conference programme of the ICMPD;
- Approve ICMPD contracts;
- Approve projects proposed by or to the ICMPD;
- Assist the ICMPD with its political contacts;
- Take note of ICMPD progress reports;
- Advise the Director on conceptual matters;
- Appoint members to the advisory panel;
- Discuss and decide on the inclusion of other Parties.

Article 5. Director of the ICMPD

The Director of the ICMPD shall cooperate closely with international and national organizations and institutions working in the area of migration policy. The Director may accept functions on behalf of international organizations, conferences, mechanisms and processes, such as the Berlin, Vienna and Budapest processes, and other relevant bodies. The Director shall monitor the national migration policies and practices of the industrialized and other affected countries and the results of research in that area and run a related documentation unit. The Director shall analyze policies and developments and draft the strategies necessary to resolve issues as they arise.

The strategy platform established in informal consultations shall lie at the heart of the Director's activities. In that regard, the Director shall focus on the capacity of the Parties to absorb migrants, taking into account demographic, economic, social, political, cultural and environmental considerations. Moreover, the Director shall promote and broaden current approaches to combating the causes of migration with a view to bringing migration flows under tighter control. Lastly, the Director shall draw up proposals for harmonizing migration policy and practices at the international level.

The Director shall report directly to the Steering Group and recruit and supervise staff within the allocated budget. The functions of the Director shall be set forth in detail in separate specifications.

Article 6. Access to ICMPD services

The Contracting States shall be entitled to fully utilize the findings of the ICMPD for their own purposes, whether in formulating migration policy or pursuing their international migration policy goals.

They may make such findings available to relevant institutions where they deem it appropriate.

The ICMPD shall, within its capacity, provide whatever services the Contracting States may require.

Article 7. Funding the ICMPD

The regular expenses of the ICMPD shall be fully covered by the Contracting States.

The Director shall submit to the Steering Group an annual budget for the following year; the budget shall include expenditure on staff, travel, premises, administration, representation and other costs. The Steering Group shall approve the budget and rule on the distribution of costs between the Contracting States. Ideally, they shall be borne in equal measure by the Contracting States.

The ICMPD may accept voluntary donations, endowments and other gifts.

Amendments to budget estimates, including any necessary increases in contributions by the Contracting States, shall require the approval of the Steering Group.

For an initial period of not less than one year and not more than three years, the Swiss Federal Office for Refugees shall cover all ordinary expenses, less any financial or material contributions made by the other Contracting States. Austria shall cover the cost of the premises of the ICMPD.

Article 8. Participation of other Parties and international organizations

The Steering Group may invite other States or international organizations to participate in this Treaty.

The admission of interested Parties to this Treaty or their involvement in the planned activities of the ICMPD shall be based on commonality of interests, mutual trust and commitment to the principles set forth in the aforementioned international strategy platform, and at the Vienna, Berlin and Budapest ministerial conferences.

Article 9. Advisory panel

The Director of the ICMPD shall be assisted by an advisory panel, in which political and scientific representatives from various interested countries and international organizations shall be able to participate. The panel shall have no authority over the Director but may propose projects and assist in obtaining the requisite funds.

Article 10. Hosting and administration of the ICMPD

In implementation of this Treaty, the Republic of Austria undertakes to host the ICMPD in a national facility already legally constituted under Austrian law and to provide the requisite administrative services or to establish an appropriate such legal entity under Austrian law.

It is imperative that the Director of the ICMPD be able to operate in full independence of the host entity.

Article 11. Duration of the Treaty

The Treaty shall remain in force for three years. Prior to the Treaty ceasing to be effective, the Contracting States shall decide on its possible extension.

Article 12. Termination of the Treaty

Any Contracting State may terminate the Treaty with three months' notice.

Article 13. Entry into force

This Treaty shall enter into force with retroactive effect on 1 May 1993.

DONE on 1 June 1993

For the Swiss Confederation (Federal Office for Refugees):

[PETER ARBENZ]

For the Republic of Austria:

[MANFRED MATZKA]

[TRANSLATION – TRADUCTION]

ACCORD ENTRE LA CONFÉDÉRATION SUISSE, REPRÉSENTÉE PAR L'OFFICE FÉDÉRAL DES RÉFUGIÉS, TAUBENSTRASSE 16, CH-3003 BERNE, ET LA RÉPUBLIQUE D'AUTRICHE, REPRÉSENTÉE PAR LE MINISTÈRE FÉDÉRAL DE L'INTÉRIEUR, SECTION III, HERRENGASSE 7, A-1040 VIENNE, SUR L'ÉTABLISSEMENT ET LE FONCTIONNEMENT DU « CENTRE INTERNATIONAL POUR LE DÉVELOPPEMENT DES POLITIQUES MIGRATOIRES » À VIENNE

Article premier. Objet de l'Accord

Les dernières années ont été marquées par un mouvement croissant de migrants demandeurs d'asile du Sud vers le Nord, récemment intensifié par une migration semblable d'Est en Ouest. Les mesures prises au niveau national pour contrôler l'immigration, bien que cruciales, ne suffisent pas à elles seules à maintenir l'ampleur et la composition des flux d'immigration dans les limites souhaitables. Il est donc urgent de mettre en place et d'appliquer des stratégies à long terme pour traiter la question des migrations. Ces stratégies à long terme visent à déterminer rapidement les causes des migrations et à les combattre, à harmoniser les pratiques d'accueil des migrants et à coordonner les politiques relatives aux étrangers, à l'asile et aux réfugiés.

L'objectif du présent Accord est de renforcer la coopération internationale en matière de politiques et de recherche sur les migrations.

Article 2. Centre international pour le développement des politiques migratoires

À cette fin est créé le Centre international pour le développement des politiques migratoires (ci-après « Centre »), dont le siège est à Vienne. Le Centre effectue des recherches concernant les flux migratoires actuels et potentiels vers les pays de destination européens, surveille et examine la situation dans les principaux pays d'origine et élabore des méthodes permettant de mieux comprendre et de mieux contrôler les mouvements migratoires.

Article 3. Groupe de pilotage politique

Les représentants des États contractants créent un Groupe de pilotage politique commun. Chaque État contractant dispose d'un siège au sein du Groupe de pilotage.

La présidence du groupe est assurée par rotation annuelle entre les États contractants.

Le Groupe de pilotage se réunit selon les besoins, mais au moins trois fois par an.

Article 4. Fonctions du Groupe de pilotage politique

Le Groupe de pilotage :

- Est responsable de la supervision générale du Centre international pour le développement des politiques migratoires ;

- Nomme le Directeur du Centre ;
- Approuve le rapport annuel du Directeur du Centre ;
- Approuve et finance le budget ordinaire annuel du Centre ;
- Approuve les comptes annuels du Centre ;
- Approuve le programme de travail du Centre ;
- Approuve le programme de conférences du Centre ;
- Approuve les contrats du Centre ;
- Approuve les projets proposés par le Centre ou à celui-ci ;
- Assiste le Centre dans le cadre de ses contacts politiques ;
- Prend acte des rapports de situation du Centre ;
- Conseille le Directeur sur les questions conceptuelles ;
- Nomme les membres du groupe consultatif ;
- Discute et décide de l'inclusion d'autres Parties.

Article 5. Direction du Centre international pour le développement des politiques migratoires

Le Directeur du Centre international pour le développement des politiques migratoires coopère étroitement avec les organisations et institutions internationales et nationales œuvrant dans le domaine de la politique migratoire. Le Directeur peut accepter des fonctions au nom d'organisations, de conférences, de mécanismes et de processus internationaux, tels que les processus de Berlin, de Vienne et de Budapest, et d'autres organismes pertinents. Le Directeur assure une veille des politiques et pratiques migratoires nationales des pays industrialisés et des autres pays concernés, ainsi que des résultats de la recherche dans ce domaine, et gère un service de documentation à ce sujet. Le Directeur analyse les politiques et l'évolution de la situation et élabore les projets des stratégies nécessaires pour résoudre les problèmes qui se posent.

La plateforme stratégique mise en place dans le cadre des consultations informelles est au cœur des activités du Directeur. À cet égard, le Directeur met l'accent sur la capacité des Parties à absorber les migrants, en tenant compte de considérations démographiques, économiques, sociales, politiques, culturelles et environnementales. En outre, le Directeur encourage et amplifie les approches actuelles en matière de lutte contre les causes des migrations en vue de mieux contrôler les flux migratoires. Enfin, le Directeur élabore des propositions visant à harmoniser les politiques et pratiques migratoires au niveau international.

Le Directeur rend des comptes directement au Groupe de pilotage et recrute et supervise le personnel dans le cadre du budget alloué. Les fonctions du Directeur sont détaillées dans un cahier des charges distinct.

Article 6. Accès aux services du Centre international pour le développement des politiques migratoires

Les États contractants ont le droit d'utiliser pleinement les conclusions du Centre international pour le développement des politiques migratoires à leurs propres fins, que ce soit pour formuler une politique migratoire ou pour poursuivre leurs objectifs en matière de politique migratoire internationale.

Ils peuvent mettre ces conclusions à la disposition des institutions compétentes lorsqu'ils le jugent approprié.

Le Centre fournit, dans la limite de ses capacités, les services de toute nature demandés par les États contractants.

Article 7. Financement du Centre international pour le développement des politiques migratoires

Les dépenses ordinaires du Centre international pour le développement des politiques migratoires sont entièrement couvertes par les États contractants.

Le Directeur soumet au Groupe de pilotage un budget annuel pour l'année suivante, qui doit comprendre les dépenses relatives au personnel, aux voyages, aux locaux, à l'administration, à la représentation et aux autres frais. Le Groupe de pilotage approuve le budget et statue sur la répartition des coûts entre les États contractants. Idéalement, ceux-ci sont supportés à parts égales par les États contractants.

Le Centre peut accepter les dons à titre gracieux, les dotations et autres cadeaux.

Les modifications apportées aux prévisions budgétaires, y compris les augmentations nécessaires des contributions des États contractants, doivent être approuvées par le Groupe de pilotage.

Pour une période initiale d'un an au moins et de trois ans au plus, l'Office fédéral suisse des réfugiés couvre toutes les dépenses ordinaires, déduction faite des contributions financières ou matérielles des autres États contractants. L'Autriche prend en charge les coûts des locaux du Centre.

Article 8. Participation d'autres Parties et organisations internationales

Le Groupe de pilotage peut inviter d'autres États ou organisations internationales à participer au présent Accord.

L'adhésion des Parties intéressées au présent Accord ou leur participation aux activités prévues du Centre sont fondées sur des intérêts communs, la confiance mutuelle et l'adhésion aux principes énoncés dans le cadre de la plateforme stratégique internationale susmentionnée et lors des conférences ministérielles de Vienne, de Berlin et de Budapest.

Article 9. Groupe consultatif

Le Directeur du Centre international pour le développement des politiques migratoires bénéficie de l'assistance d'un groupe consultatif, auquel peuvent participer des représentants politiques et scientifiques des différents pays et organisations internationales intéressés. Ce groupe n'a aucune autorité sur le Directeur mais peut proposer des projets et aider à obtenir les fonds nécessaires.

*Article 10. Accueil et administration du Centre international pour
le développement des politiques migratoires*

En application du présent Accord, la République d'Autriche s'engage à accueillir le Centre international pour le développement des politiques migratoires dans une installation nationale déjà constituée juridiquement en vertu du droit autrichien et à fournir les services administratifs requis ou à créer une telle personne morale appropriée, de droit autrichien.

Il est impératif que le Directeur du Centre puisse agir en toute indépendance par rapport à l'entité hôte.

Article 11. Durée de l'Accord

Le présent Accord est conclu pour une période de trois ans. Avant que l'Accord ne cesse de produire ses effets, les États contractants décident de son éventuelle prorogation.

Article 12. Dénonciation de l'Accord

Tout État contractant peut dénoncer le présent Accord moyennant un préavis de trois mois.

Article 13. Entrée en vigueur

Le présent Traité entre en vigueur avec effet rétroactif le 1^{er} mai 1993.
FAIT le 1^{er} juin 1993

Pour la Confédération suisse (Office fédéral des réfugiés) :

[PETER ARBENZ]

Pour la République d'Autriche :

[MANFRED MATZKA]